

Niederschrift

16. Sitzung des Hauptausschusses -HAUSHALT-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 28.11.2019
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Doris Grote

Herr Sönke Siebke

Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Herr Matthias Malassa

Herr Martin Ahrens

Frau Rita Marcussen

Frau Hella Dorando-Marsch

Herr Arne Hansen

ab 17:20 Uhr

Herr Raimund Schulz

bis 17:20 Uhr Vertretung für
Herrn Hansen

Herr Klaus-Peter Schroeder

Herr Heiko Evermann

Herr Toni Köppen

Herr Holger Weihe

Herr Thomas Thedens

Frau Anke Pawlik Kreissenorenbeirat

Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident

Herr Christian Mann

ab 20:25 Uhr

Herr Luzian Roth

Frau Rosemarie Jahn

Frau Maren Berger

Herr Henning Wulf

Herr Rainer Schuchardt

Herr Wrage Geschäftsführer WKS

ab 16:45 Uhr

Herr Landrat Schröder

Herr Ebert FBL Immobilienverwaltung

Frau Löhmann FBL Soziales, Jugend, Bildung, Ge-
sundheit

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr,
Verbraucherschutz
Herr Stankat Jugendamtsleiter
Frau Kind FDL Gremien, Kommunikation, Controlling
Frau McGregor FDL Finanzen
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Herr Stelling FDL IUK
Herr Wenzel FDL Kita, Jugend, Schule, Kultur
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte
Herr Kruse Personalrat
Herr Hartung Finanzen
Herr Löffel Finanzen
Frau Reimers Personal und Organisation
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen vom 24.09.2019 und 22.10.2019
 - 2.3 Informationen des Landrates
 - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Zuschuss zur Durchführung der Täterarbeit im Kontext häusliche Gewalt
Antrag des KAST e. V.
Vorlage: DrS/2019/238
 - 3.2 "Ehrenamtliche in der Seniorenbetreuung: Rinkieker, Nachbarschaftshelfer und Demenzbegleiter"
Vorlage: DrS/2019/242
 - 3.3 Antrag der WI-SE Fraktion zur Einrichtung einer Gemeindeschwester - Kalkulation Stipendium Masterstudiengang CHN
Vorlage: DrS/2019/235

- 3.4 Einführung einer "Gemeindeschwester" auf Amtsebene - Eckpunktepapier zum Prüfauftrag und Mittelbereitstellung
Vorlage: DrS/2019/250
- 3.5 Antrag der WISE-Fraktion zur Förderung des Drogenpräventionsprojekts - Revolution Train
Vorlage: DrS/2019/264
- 3.6 Wohnungsnotlagenberatung und Wohnraumakquise in Norderstedt; Personalkostenzuschuss für die Stadt Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/243
- 3.7 Rahmenvereinbarung für Schleswig-Holstein nach § 46 Abs. 4 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Frühförderung als Komplexleistung (IFF)
Vorlage: DrS/2019/306
- 3.8 Jugendberufsagentur Kreis Segeberg Haushalt 2020 - Antrag Erhöhung Sachkostenetat auf 30.000 €
Vorlage: DrS/2019/284
- 3.9 Fortsetzung "Qualität im Offenen Ganztag" in 2020
Vorlage: DrS/2019/281
- 3.10 Einrichtung einer Ferienbetreuung an den drei Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung
Vorlage: DrS/2019/171
- 3.11 Datennetzwerk Förderzentrum "Janusz-Korczak-Schule"
Vorlage: DrS/2019/293
- 3.12 Datennetzwerk Förderzentrum "Schule am Hasenstieg"
Vorlage: DrS/2019/296
- 3.13 Datennetzwerk Förderzentrum "Traveschule"
Vorlage: DrS/2019/297
- 3.14 Immobilienbedarf des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und der sozialen Fachdienste des FB III in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/190
- 3.15 Zukunft des Mitfahrnetzes SE
Vorlage: DrS/2019/154
- 3.16 Errichtung eines Glasfaserringes als gesicherte Datenverbindung
Vorlage: DrS/2019/201-1
- 3.17 Neubau einer Multifunktionshalle am BBZ Segeberg
Vorlage: DrS/2019/102-2

- 3.18 Kreisfeuerwehrzentrale, Lüftungsanlage für Atemschutzwerkstatt
Vorlage: DrS/2019/295
- 3.19 Überbetriebliche Ausbildungsstätte (ÜAS), Mangelbeseitigung
Vorlage: DrS/2019/294
- 3.20 Kreishaus, Umnutzung Garagen für Poststelle
Vorlage: DrS/2019/298
- 3.21 Kreishaus, Umnutzung Archiv zu Büroräumen
Vorlage: DrS/2019/299
- 3.22 Fachwerksanierung Südseite der Remise
Vorlage: DrS/2019/307
- 3.23 Lüftungsanlage Seminarräume Jugendakademie
Vorlage: DrS/2019/308
- 3.24 Genehmigung der im Haushaltsjahr 2019 im Budget des Fachbereiches V benötigten über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen
Vorlage: DrS/2019/335
- 3.25 Antrag der WI-SE Fraktion zu Grundsätzen
Vorlage: DrS/2019/221-1
- 3.26 Antrag WI-SE Fraktion zu Schülerbeförderungskosten 2
Vorlage: DrS/2019/351
- 3.27 Wirtschaftsplan 2020 WKS GmbH
Vorlage: DrS/2019/324
- 3.28 Antrag der FDP- Kreistagsfraktion zu den Haushaltsberatungen 2020 / BBZ Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/346
- 3.29 Stellenmehrbedarf FD 30.00 für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/313
- 3.30 Stellenmehrbedarf FD 10.20 - Zensus für das Haushaltsjahr 2020 f.
Vorlage: DrS/2019/352
- 3.31 Budget 2020 für Fachbereich L
Vorlage: DrS/2019/337
- 3.32 Stellenmehrbedarf FD 11.00 - allgemeiner Bereitschaftsdienst für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/329

- 3.33 Stellenmehrbedarf FD 11.00 - Personalbereich für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/330
- 3.34 Stellenmehrbedarf FD 11.00 - Onlinezugangsgesetz für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/331
- 3.35 Stellenmehrbedarf FD 11.00 - Teamleitung für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/332
- 3.36 Stellenmehrbedarf FD 10.50 für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/334
- 3.37 Stellenmehrbedarf FD 20.00 - Geschäftsbuchhaltung für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/341
- 3.38 Stellenmehrbedarf FD 20.00 - IT-Fachkoordination für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/342
- 3.39 Stellenmehrbedarf FD 20.00 - Steuern für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/343
- 3.40 Budget 2020 für Fachbereich I
Vorlage: DrS/2019/347
- 3.41 Antrag der WISE-Fraktion zum Stellenplan 2020 in der Heimaufsicht
Vorlage: DrS/2019/265
- 3.42 Antrag der WI-SE Fraktion zu 5 Springerstellen
Vorlage: DrS/2019/350
- 3.43 Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme der Kosten der Freistellung für die Tätigkeit des Personalrates des Jobcenters Segeberg im Umfang einer weiteren 0,5 VZS
Vorlage: DrS/2019/318
- 3.43.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme der Kosten der Freistellung für die Tätigkeit des Personalrates des Jobcenters Segeberg im Umfang einer weiteren 0,5 VZS
Vorlage: DrS/2019/318-1
- 3.44 Antrag der Kreistagsfraktion WI-SE auf zwei zusätzliche Stellen für die Untere Naturschutzbehörde
Vorlage: DrS/2019/336
- 3.45 Stellenplan für den Haushalt 2020 inkl. Stellenmehrbedarf für 2020
Vorlage: DrS/2019/348

- 4 Berichte/Informationen
- 4.1 Quartalsbericht 30.09.2019
Vorlage: DrS/2019/355
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

- 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises
- 8 Kauf eines Grundstückes zur Errichtung einer Rettungswache
Vorlage: DrS/2017/210-1

(öffentlich)

- 9 Nachgereichte Vorlagen
- 9.1 Investive Zuweisung des Kreises an den Kreisfeuerwehrverband für die Beschaffung von Löschdecken und Systemtrennern für die Feuerwehren im Haushaltsjahr 2020
Vorlage: DrS/2019/362
- 10 Anträge der Fraktionen
- 10.1 Änderungsantrag der AfD Fraktion zu DrS/2019/348 ("Stellenplan für den Haushalt 2020 inkl. Stellenmehrbedarf für 2020") sowie Anlage DrS/2019/258 (Rückkehrmanagement)
- 10.2 Antrag der SPD Fraktion zu den Kita-Betriebskosten
- 10.3 Antrag der CDU Fraktion zu den Kita-Betriebskosten
- 10.4 Antrag der CDU Fraktion zu Fehlbedarfszuweisungen an finanzarme Kommunen
- 10.5 Antrag der SPD Fraktion Inklusion in Kindertagesstätten
- 10.6 Antrag der SPD Fraktion zum Digitalpakt

10.6. Alternativantrag der WI-SE Fraktion zum Digitalpakt

1

10.7 Antrag der SPD Fraktion zur Förderung der Familienzentren

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Vorlage DrS/2019/362 nachträglich erstellt worden sei. Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 9.1 aus.

Weiterhin liege ein Antrag der Freien Wähler zur Aufnahme der Festsetzung der Kreisumlage auf die Tagesordnung vor. Herr Schuchardt begründet diesen damit, dass aus seiner Sicht zunächst die Höhe der Kreisumlage festgelegt werden müsse und erst danach ein Beschluss über die Höhe der Ausgaben erfolgen könne. Frau Lessing erklärt, dass sie dies genau gegenteilig sehe. Auch Herr Köppen sieht keine Notwendigkeit, über die Kreisumlage in der heutigen Sitzung zu beraten.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag der Freien Wähler abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE		1		1
Gesamt	4	8		12

Der TOP 3.25 wird auf die Sitzung am 03.12.2019 vertagt, da dieser nicht haushaltsrelevant sei. Der TOP 8 solle nichtöffentlich beraten werden.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen vom 24.09.2019 und 22.10.2019

Es werden keine Einwände gegen die Niederschriften erhoben, diese werden einstimmig genehmigt.

zu 2.3 Informationen des Landrates

Der Landrat berichtet, dass Frau Lessing, Herr Ahrens (Bürgermeister Kattendorf), Herr Schütt (Wakendorf II), Herr Scheiwe (Bürgermeister Kaltenkirchen) und Herr Krebber (Norderstedt) mit der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel ausgezeichnet worden seien.

Weiterhin gibt der Landrat den Schuldenstand per 30.10. bekannt, die Auflistung ist dem Protokoll beigelegt.

zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident berichtet, dass derzeit 6 Bewerbungen zur Landratswahl vorliegen würden, die Bewerbungsfrist ende am 15.12.2019.

Vom 2. – 6. Dezember sei eine Delegation aus der Partnerregion in Estland zu Besuch.

Die Kreistagssitzung am 05.12. werde bereits um 16.00 Uhr beginnen, da die Tagesordnung sehr umfangreich sei. Er halte es für denkbar, dass der zweite Termin am 12.12. benötigt werde, zu dem bereits vorsorglich eingeladen worden sei.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Zuschuss zur Durchführung der Täterarbeit im Kontext häusliche Gewalt Antrag des KAST e. V. Vorlage: DrS/2019/238

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg bewilligt dem Träger KAST e. V. zur Durchführung der Täterarbeit im Kontext häusliche Gewalt im Kreis Segeberg für die Jahre 2020 und 2021 einen Zuschuss in Höhe von bis zu 12.000 € jährlich. Der Zuschuss dient zur Finanzierung zusätzlicher Kosten, die dem Verein bei der Durchführung der Aufgabe im Kreis Segeberg entstehen und die nicht durch Mittel des Landes Schleswig-Holstein abgedeckt sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.2 "Ehrenamtliche in der Seniorenbetreuung: Rinkieker, Nachbarschaftshelfer und Demenzbegleiter" Vorlage: DrS/2019/242

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die Förderung des Projektes wird für die Jahre 2020 bis 2024 befürwortet. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Pflegestützpunkt - vertreten durch den Verein Altern und Familie e.V. - eine entsprechende Zuwendungsvereinbarung über 49.500 € jährlich zu treffen. Der Pflegestützpunkt berichtet jeweils in einer Sitzung des Sozialausschusses über den Zwischenstand des Projektes und weist die ordnungsgemäße Verwendung der Zuwendungen nach.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.3 Antrag der WI-SE Fraktion zur Einrichtung einer Gemeindefschwester - Kalkulation Stipendium Masterstudiengang CHN Vorlage: DrS/2019/235

Frau Berger erläutert, dass es sich um einen Prüfauftrag handele, mit dem die Verwaltung beauftragt werden solle, die Kosten zu ermitteln und in den Haushalt einzustellen. Da der Antrag mehrfach nicht in den Ausschüssen behandelt wurde, stünden nun keine Kosten fest. Die WI-SE beantrage deshalb vorsorglich, einen Betrag von 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

Frau Lessing teilt mit, dass der Antrag in den Fachausschüssen zurückgezogen worden sei, da die Verwaltung ein Konzept erarbeite und das Ergebnis abgewartet werden solle. Herr Köppen klärt auf, dass der Antrag im Sozialausschuss zurückgezogen worden sei, weil für BKS ein Bericht angekündigt wurde. Der Antrag sei erneut zum BKS gestellt worden, jedoch wurde dieser von der Tagesordnung genommen. Der Verwaltungsbericht habe jedoch andere Inhalte gehabt, als der Antrag, so dass der Antrag nun im Hauptausschuss auf der Tagesordnung stehe.

Herr Barkowsky spricht sich dafür aus, Mittel an die Ausbildungsstätten statt wie beantragt als Stipendium an die Studenten auszuzahlen. Frau Berger erläutert dass die WI-SE auf die Unterstützung eines Masterstudiengangs abziele, während die Verwaltung derzeit bezüglich eines Bachelorabschlusses mit der Uni Lübeck verhandle.

Frau Lessing erklärt, dass sie dem Antrag nach jetzigem Stand nicht zustimmen könne, würde aber gerne in der Fraktion darüber beraten, da sie das Thema für wichtig halte. Frau Berger stellt den Antrag daraufhin zunächst zurück und zeigt sich einverstanden, diesen in den Fachausschüssen Anfang 2020 zu diskutieren.

Beschlussvorschlag:

Der Prüfauftrag wird zunächst in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.4 Einführung einer "Gemeineschwester" auf Amtsebene - Eckpunktepapier zum Prüfauftrag und Mittelbereitstellung Vorlage: DrS/2019/250

Herr Evermann teilt mit, dass aus seiner Sicht eine Mittelfreigabe nicht vom OVG, sondern vom Kreistag vorgenommen werden müsste, da es sich um große Summen handle. Der Landrat erklärt auf Nachfrage, dass eine Übertragung durch den Hauptausschuss auf den Fachausschuss möglich sei und dass hierfür keine Wertgrenzen festgesetzt seien. Herr Evermann stellt einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag.

Antrag der AfD-Fraktion:

Für die Förderung der Einführung einer „Gemeineschwester“ in bis zu zwei Pilot-

projekten werden im Haushalt 2020 Mittel i.H.v. 71.200,00 € unter Anbringung eines Sperrvermerks bereitgestellt. Die Mittelfreigabe erfolgt durch den Kreistag mit Beschluss eines endgültigen Konzeptes zur Umsetzung des Projektes.

In der mittelfristigen Finanzplanung werden für die Jahre 2021 und 2022 jeweils bis zu 142.400 € und im Jahr 2023 bis zu 71.200,00 € eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		2	2	4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	2	8	2	12

Beschlussvorschlag:

Für die Förderung der Einführung einer „Gemeindeschwester“ in bis zu zwei Pilotprojekten werden im Haushalt 2020 Mittel i.H.v. 71.200,00 € unter Anbringung eines Sperrvermerks bereitgestellt. Die Mittelfreigabe erfolgt durch den Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit mit Beschluss eines endgültigen Konzeptes zur Umsetzung des Projektes.

In der mittelfristigen Finanzplanung werden für die Jahre 2021 und 2022 jeweils bis zu 142.400 € und im Jahr 2023 bis zu 71.200,00 € eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE			1	1
Gesamt	10		2	12

**zu 3.5 Antrag der WISE-Fraktion zur Förderung des Drogenpräventionsprojekts - Revolution Train
Vorlage: DrS/2019/264**

Herr Köppen erklärt, dass der Antrag bereits kontrovers in den Fachausschüssen diskutiert worden sei und es verschiedene Meinungen von Fachleuten gebe. Die meisten Lehrer, Schüler und Eltern, die den Train besucht haben, sehen das Projekt

positiv. Ein Zuschuss des Kreises würde den Eigenanteil der Schüler senken. Herr Wulf ergänzt, dass Schüler mit den in der Realität entstehenden Konsequenzen konfrontiert werden müssten.

Frau Lessing sieht das Projekt als sinnvolle Ergänzung zu anderen Präventionsprojekten. Herr Thedens spricht sich dafür aus, das Projekt zu bezuschussen und danach über die gewonnenen Erfahrungen zu sprechen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg unterstützt das Projekt „Revolution Train“ einmalig im Jahr 2020 mit 30.000,-€ .

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	2	1		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	8	4		12

zu 3.6 Wohnungsnotlagenberatung und Wohnraumakquise in Norderstedt; Personalkostenzuschuss für die Stadt Norderstedt Vorlage: DrS/2019/243

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg bewilligt der Stadt Norderstedt für die Zeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2025 zur Durchführung der Aufgabe „Wohnungsnotlagenberatung und Wohnraumakquise“ auf der Grundlage der Konzepte vom 28.08.2019 einen Zuschuss in Höhe von 108.000 € jährlich.

Die Verwaltung wird gebeten, mit der Stadt Norderstedt eine Vereinbarung abzuschließen, in der Regelungen zu den Auszahlungs- und ggf. Rückzahlungsmodalitäten sowie zu den Nachweispflichten getroffen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 3.7 Rahmenvereinbarung für Schleswig-Holstein nach § 46 Abs. 4 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Frühförderung als Komplexleistung (IFF) Vorlage: DrS/2019/306

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt dem Entwurf der Rahmenvereinbarung für Schleswig-Holstein nach § 46 Abs. 4 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Frühförderung als Komplexleistung zu und beauftragt den Landrat zur Unterzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.8 Jugendberufsagentur Kreis Segeberg Haushalt 2020 - Antrag Erhöhung Sachkostenetat auf 30.000 € Vorlage: DrS/2019/284

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Ausschüsse empfehlen, der Kreistag beschließt:

Der Kreis Segeberg beteiligt sich an der Finanzierung der Sachkosten der Jugendberufsagentur Kreis Segeberg ab dem Haushaltsjahr 2020 mit 30.000 € pro Jahr. Dies entspricht einer Fördersumme von 10.000 € pro JBA Standort (Norderstedt, Kaltenkirchen, Bad Segeberg) je Jahr.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu 3.9 Fortsetzung "Qualität im Offenen Ganzttag" in 2020
Vorlage: DrS/2019/281**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Ausschüsse empfehlen, der Kreistag beschließt:

Die veranschlagten Haushaltsmittel 2019 für „Qualität im Offenen Ganzttag“ konnten nicht verbraucht werden. Die Haushaltsmittel von 50.000 € werden im Haushalt 2020 neu bereitgestellt und sind in die Änderungsliste aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu 3.10 Einrichtung einer Ferienbetreuung an den drei Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung
Vorlage: DrS/2019/171**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Einrichtung einer Ferienbetreuung an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung ab 2020 mit einem jährlichen Budget i.H.v. 48.000 EUR je Förderzentrum, somit in Summe 144.000 EUR.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.11 Datennetzwerk Förderzentrum "Janusz-Korczak-Schule" Vorlage: DrS/2019/293

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 44.400 € für das Haushaltsjahr 2020, sowie 29.600 € als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.12 Datennetzwerk Förderzentrum "Schule am Hasenstieg" Vorlage: DrS/2019/296

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 44.100 € für das Haushaltsjahr 2020, sowie 29.400 € als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.13 Datennetzwerk Förderzentrum "Traveschule" Vorlage: DrS/2019/297

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 56.700 € für das Haushaltsjahr 2020, sowie 37.800 € als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.14 Immobilienbedarf des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und der sozialen Fachdienste des FB III in Norderstedt Vorlage: DrS/2019/190

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird über den FB V Immobilienverwaltung beauftragt, eine geeignete Immobilie für dezentrale Leistungen durch Fachdienste des FB III Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit anzumieten und die notwendigen Miet- und ggf. Umbaukosten zum Haushalt 2020 anzumelden.

Bei zu erwartenden Mietkosten über 40.000 € im Jahr ist der Ausschuss erneut zu befassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.15 Zukunft des Mitfahrnetzes SE Vorlage: DrS/2019/154

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt Variante A – das Portal des Mitfahrnetzes SE für die Bindefrist von fünf Jahren über einen externen Betreiber weiter zur Verfügung zu stellen und ein notwendiges technisches Update vorzunehmen. Dafür fallen einmalig Kosten in Höhe von 3.510 Euro sowie jährliche Kosten in Höhe von 4.000 Euro für den Betrieb an.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.16 Errichtung eines Glasfaserringes als gesicherte Datenverbindung Vorlage: DrS/2019/201-1

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 657.500 € für das Haushaltsjahr 2020, davon 40 % (263.000 €) als Verpflichtungsermächtigung.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Sollte eine Fernnutzung später möglich werden, ist der Sachverhalt neu zu bewerten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.17 Neubau einer Multifunktionshalle am BBZ Segeberg Vorlage: DrS/2019/102-2

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in folgenden Höhen, im Haushaltsjahr 2020ff:

(2019: 100.000 €) informativ dargestellt
2020: 1.800.000 €
2021: 4.750.000 €
2022: 500.000 €

Die im Haushaltsentwurf 2020 eingeplanten Mittel sind um ca.40% gekürzt. Die Kürzung in Höhe von 720.000 € wird als Verpflichtungsermächtigung eingeplant.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.18 Kreisfeuerwehrzentrale, Lüftungsanlage für Atemschutzwerkstatt Vorlage: DrS/2019/295

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 36.000 € für das Haushaltsjahr 2020, sowie 24.000 € als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.19 Überbetriebliche Ausbildungsstätte (ÜAS), Mangelbeseitigung Vorlage: DrS/2019/294

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der Mittel in Höhe von 392.000 € als Aufwand sowie Ertrag im Haushaltsjahr 2020.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen. Berechtigte Regressforderungen sind soweit möglich in Absprache mit dem Rechtsamt zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.20 Kreishaus, Umnutzung Garagen für Poststelle Vorlage: DrS/2019/298

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 12.000 € für das Haushaltsjahr 2020, sowie 8.000 € als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.21 Kreishaus, Umnutzung Archiv zu Büroräumen Vorlage: DrS/2019/299

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 51.300 € für das Haushaltsjahr 2020, sowie 34.200 € als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.22 Fachwerksanierung Südseite der Remise Vorlage: DrS/2019/307

Auf Nachfrage von Herrn Schuchardt erklärt der Landrat, dass es keine Fördermöglichkeiten aufgrund des Denkmalschutzes gebe.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 102.000 € für das Haushaltsjahr 2020, sowie 68.000 € als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.23 Lüftungsanlage Seminarräume Jugendakademie Vorlage: DrS/2019/308

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 68.400 € für das Haushaltsjahr 2020, sowie 45.600 € als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.24 Genehmigung der im Haushaltsjahr 2019 im Budget des Fachbereiches V benötigten über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen Vorlage: DrS/2019/335

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag genehmigt gem. § 57 Kreisordnung (KrO) i.V.m. § 95 f Abs. 1 und § 95 d Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO) die im Haushaltsjahr 2019 im Budget des Fachbereiches V benötigten über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4.319.200 EUR.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.26 Antrag WI-SE Fraktion zu Schülerbeförderungskosten 2 Vorlage: DrS/2019/351

Herr Köppen teilt mit, dass die WI-SE einen Änderungsantrag gestellt habe. Laut Frau Lessing sei es Ziel der SPD-Fraktion, die Kommunen und die Eltern zu entlasten. Herr Barkowsky macht deutlich, dass für die CDU-Fraktion keine weitere Kostenübernahme, als der 1/3-Anteil der Kommunen, in Frage käme. Die Fraktion habe die Auflösung der Arbeitsgruppe beantragt, weil keine weiteren inhaltlichen Diskussionen nötig seien.

Auf Nachfrage erklärt Herr Wenzel, dass eine Umstellung zum 01.01.2020 für die Verwaltung machbar sei. Er weist jedoch darauf hin, dass die Kommunen lediglich finanziell entlastet werden, die Abwicklung der Schülerbeförderung müsse gemäß Schulgesetz beim Schulträger bleiben. Für die Übernahme von 1/3 der Kosten durch den Kreis müsse die Richtlinie angepasst werden.

Herr Schroeder, Herr Hansen, Herr Wulf und Frau Lessing sprechen sich dafür aus, die Arbeitsgruppe weiter tagen zu lassen, da sie weitere Verbesserungen für die Eltern erreichen möchten und diverse inhaltliche Fragen zu klären seien. Herr Wulf bittet ggf. um eine zügige Weiterarbeit der Arbeitsgruppe.

Beschlussvorschlag:

Die Schülerbeförderungskosten der Schulträger im Kreis Segeberg werden ab dem 01.01.2020 vom Kreis Segeberg übernommen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Abrechnungsrichtlinie zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

Antrag der CDU-Fraktion:

Die eingerichtete Arbeitsgruppe wird eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE		1		1
Gesamt	4	8		12

zu 3.27 Wirtschaftsplan 2020 WKS GmbH Vorlage: DrS/2019/324

Der Landrat verweist auf die Änderungen im Beschlussvorschlag aus dem WRI. Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistagsbeschluss vom 10.03.2016 (DrS/2019/311-2) wird aufgehoben.
2. Der Kreistag beschließt jährlich über die Höhe der Verlustausgleichszahlung.
3. Dem in der Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2020 der WKS GmbH wird auf Empfehlung des Aufsichtsrates vom 05.11.2019 zugestimmt.
4. Der WKS GmbH wird gem. beiliegendem Wirtschaftsplan für 2020 eine Verlust-Ausgleichszahlung in Höhe von maximal 924.200,- € gewährt, davon 100.000,- € mit Sperrvermerk. Über die Freigabe der gesperrten Mittel entscheidet der Aufsichtsrat.

Der Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit der Herbeiführung eines entsprechenden Gesellschafterbeschlusses beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

Pause: 18:00 – 18:20 Uhr

zu 3.28 Antrag der FDP- Kreistagsfraktion zu den Haushaltsberatungen 2020 / BBZ Norderstedt Vorlage: DrS/2019/346

Herr Schroeder erläutert den Antrag und stellt dar, dass das BBZ weitere Raumbedarfe habe und die Wabe sanierungsbedürftig sei. Die genauen Bedarfe seien durch die Schulentwicklungsplanung noch festzustellen, so lange sollen die Mittel durch Sperrvermerk gesperrt bleiben. Herr Barkowsky stellt einen Änderungsantrag, wonach zu konkreten Daten Unterlagen vorgelegt werden sollen. Der Landrat macht deutlich, dass der Zeitplan eingehalten werden könne, wenn seitens der BBZ eine zügige Zuarbeit für die Schulentwicklungsplanung erfolge.

Frau Lessing teilt mit, dass zusätzlicher Raumbedarf unbestritten sei, jedoch müsse

der Umfang abgewartet werden. Da die Verwaltung entstehende Kosten aus Mitteln des Fachbereichs V decken könne, müssten die Mittel nicht im Haushalt 2020 eingestellt werden.

Antrag der CDU-Fraktion:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den seit 2018 ausstehenden Schulentwicklungsplan bis zur BKS Sitzung am 19.05.2020 vorzulegen.
2. Der Raumbedarf wird in der Sitzung des BKS 25.08.2020 festgestellt und die erste Kostenschätzung wird am 17.11.2020 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		11

Anschließend lässt die Vorsitzende über den somit geänderten Antrag der FDP Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den seit 2018 ausstehenden Schulentwicklungsplan bis zur BKS Sitzung am 19.05.2020 vorzulegen.
2. Der Raumbedarf wird in der Sitzung des BKS 25.08.2020 festgestellt und die erste Kostenschätzung wird am 17.11.2020 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu 3.29 Stellenmehrbedarf FD 30.00 für das Haushaltsjahr 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/313**

Herr Barkowsky verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan. Herr Wulf gibt zu bedenken, dass der Kürzungsantrag einen Leistungsverlust in der Verwaltung bedeuten würde, da die Stellen nicht wie vorgesehen besetzt werden können. Dies führe unweigerlich dazu, dass nicht alle Aufgaben abgearbeitet werden können.

Der Landrat erklärt auf Nachfrage von Herrn Evermann, dass die Einführung der Digitalisierung einen Mehraufwand und damit mehr Personal bedeuten würde. Wie sich die Digitalisierung langfristig auf das benötigte Personal auswirken werde, bleibe abzuwarten.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt die Aufnahme der 0,3 Stellenteile in den Stellenplan 2020 sowie die Besetzung im Vorgriff auf den Stellenplan ab dem 01.01.2020. Darüber hinaus die Aufnahme der 1,0 VZS ZVS in den Stellenplan 2020 sowie die Besetzung ab dem 01.07.2020.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	1	4	12

**zu 3.30 Stellenmehrbedarf FD 10.20 - Zensus für das Haushaltsjahr 2020 f.
Vorlage: DrS/2019/352**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die beiden Stellen für die Leitung und Stellvertretung in der Zensus-Erhebungsstelle werden in den Stellenplan 2020, befristet bis zum 31.12.2021, aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	8		4	12

zu 3.31 Budget 2020 für Fachbereich L Vorlage: DrS/2019/337

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalt 2020 für den Fachbereich L (Teilpläne 1111, 1112, 1113, 1115, 1118, 121, 535 und 5711) wird in der vorgelegten Form mit der Ergänzung beschlossen, dass der Planwert für die Mitgliedsbeiträge um 39.300 € erhöht wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1		3	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	9		3	12

zu 3.32 Stellenmehrbedarf FD 11.00 - allgemeiner Bereitschaftsdienst für das Haushaltsjahr 2020 ff. Vorlage: DrS/2019/329

Herr Wulf äußert Unverständnis darüber, dass das vorhandene Personal nicht zum Bereitschaftsdienst verpflichtet werden könne. Der Landrat erklärt, dass der Arbeitsmarkt für diesen Bereich schlecht sei und Mitarbeiter sich zu anderen Arbeitgebern wegbewerben würden, bei denen keine Bereitschaftsdienste zu leisten seien. Der Kreis wolle weiter ein attraktiver Arbeitgeber sein, deshalb sollen künftig die Bereitschaftsdienste besser verteilt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stellen 0.1114.xxxx bis 0.1114.xxxx in den Stellenplan 2020 sowie die Besetzungsfreigabe vor Genehmigung des Haushaltes.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		1	3	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	2	3	12

zu 3.33 Stellenmehrbedarf FD 11.00 - Personalbereich für das Haushaltsjahr 2020 ff.

Vorlage: DrS/2019/330

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.1114.xxxx in den Stellenplan 2020 sowie die Besetzungsfreigabe vor Genehmigung des Haushaltes.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	7		5	12

zu 3.34 Stellenmehrbedarf FD 11.00 - Onlinezugangsgesetz für das Haushaltsjahr 2020 ff.

Vorlage: DrS/2019/331

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.1114.xxxx in den Stellenplan 2020 sowie die Besetzungsfreigabe vor Genehmigung des Haushaltes.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE			1	1
Gesamt	6		6	12

zu 3.35 Stellenmehrbedarf FD 11.00 - Teamleitung für das Haushaltsjahr 2020 ff.

Vorlage: DrS/2019/332

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stellen 0.11140.0115 bis 0.11140.0116 sowie eine zusätzliche Stelle mit Sperrvermerk in den Stellenplan 2020.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE			1	1
Gesamt	6		6	12

zu 3.36 Stellenmehrbedarf FD 10.50 für das Haushaltsjahr 2020 ff.

Vorlage: DrS/2019/334

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.11140.0117 in den Stellenplan 2020 sowie die Aufnahme einer Azubi-Stelle in den nachrichtlichen Teil des Stellenplans.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	7		5	12

zu 3.37 Stellenmehrbedarf FD 20.00 - Geschäftsbuchhaltung für das Haushaltsjahr 2020 ff.

Vorlage: DrS/2019/341

Herr Evermann bemängelt erneut den personellen Mehrbedarf für die Digitalisierung. Frau McGregor macht deutlich, dass zunächst sehr viele Aufgaben parallel auf Papier und Digital bearbeitet werden müssten. Die Stelle sei befristet bis 31.12.2022.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.11140.0092 mit Sperrvermerk in den Stellenplan 2020, befristet bis zum 31.12.2022.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	1	4	12

zu 3.38 Stellenmehrbedarf FD 20.00 - IT-Fachkoordination für das Haushaltsjahr 2020 ff.

Vorlage: DrS/2019/342

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.11140.0018 in den Stellenplan 2020.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE			1	1
Gesamt	6		6	12

zu 3.39 Stellenmehrbedarf FD 20.00 - Steuern für das Haushaltsjahr 2020 ff.

Vorlage: DrS/2019/343

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.11140.0095 in den Stellenplan 2020.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			4	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	7		5	12

zu 3.40 Budget 2020 für Fachbereich I

Vorlage: DrS/2019/347

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2020 (hier: Teilpläne 1114, 522, 611, 612) entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form mit den eingebrachten Änderungen zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1		3	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	8		4	12

zu 3.41 Antrag der WISE-Fraktion zum Stellenplan 2020 in der Heimaufsicht

Vorlage: DrS/2019/265

Der Landrat erklärt auf Nachfrage von Herrn Schuchardt, dass dem Stellenbedarf eine Organisationsuntersuchung zu grunde liege. Herr Köppen erläutert, dass die zweite beantragte Stelle die anlassbezogenen Kontrollen bearbeiten könne, damit die Regelkontrollen wie vorgesehen mindestens einmal pro Jahr erfolgen könnten. Herr Wulf ergänzt, dass häufigere Regelkontrollen möglich und wünschenswert seien. Dies könnte möglicherweise die Anzahl der anlassbezogenen Kontrollen reduzieren.

Beschlussvorschlag:

Im Bereich der Heimaufsicht werden 2 neue Vollzeitstellen geschaffen. Eine der Personalstellen wird mit einem Sperrvermerk versehen. Die Aufhebung des Sperrvermerks kann nach dem Bericht der laufenden Organisationsuntersuchung im OVG-Ausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1		3	4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	9		3	12

**zu 3.42 Antrag der WI-SE Fraktion zu 5 Springerstellen
Vorlage: DrS/2019/350**

Herr Köppen erläutert den Antrag. Der Landrat macht den Unterschied zwischen Poolstellen und Springerstellen deutlich. Die Poolstellen seien zentral angesiedelt, hierüber würde kurzzeitig Personal untergebracht, das zum Beispiel aus der Elternzeit zurückkehrt oder am Betrieblichen Eingliederungsmanagement teilnimmt. Frau Rimbach ergänzt, dass durch die Poolstellen vorübergehende Überkapazitäten aufgefangen werden würden, dies verhindere Änderungskündigungen o. ä. Die Springerstellen hingegen seien dagegen fest besetzt, das Personal werde bei Belastungsspitzen in den Fachbereichen eingesetzt. Die Springer kurzfristig in der Heimaufsicht einzusetzen, sei jedoch schwer, da es sich um ein komplexes Aufgabengebiet handele, das eine lange Einarbeitung erfordere.

Herr Weihe hält die Lösung mit den Poolstellen für sehr gut, da Stellen nicht befristet ausgeschrieben werden müssten und dadurch besser qualifiziertes Personal gefunden werden könne.

Herr Köppen zieht den Antrag zurück. Er bittet aber darum, darauf zu achten, dass die Besetzung der Poolstellen tatsächlich nur vorübergehend und nicht zu lange erfolgt.

**zu 3.43 Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme der Kosten der Freistellung für die Tätigkeit des Personalrates des Jobcenters Segeberg im Umfang einer weiteren 0,5 VZS
Vorlage: DrS/2019/318**

Frau Lessing zieht den Antrag zurück.

**zu 3.44 Antrag der Kreistagsfraktion WI-SE auf zwei zusätzliche Stellen für die Untere Naturschutzbehörde
Vorlage: DrS/2019/336**

Frau Berger erläutert den Antrag und ändert diesen dahingehend, dass eine zusätzliche Stelle beantragt und mit Sperrvermerk versehen wird, bis durch eine Organisationsuntersuchung der tatsächliche Bedarf festgestellt wurde.

Frau Lessing zeigt sich verwundert, dass eine Fraktion Personalstellen anmelde. Aus ihrer Sicht sei es besser, bestehende Mängel zu melden und die Verwaltung ziehe hieraus die Konsequenz, eine Organisationsuntersuchung durchzuführen und ggf. weitere Stellen anzumelden.

Beschlussvorschlag:

Die Kreistagsfraktion WI-SE wiederholt ihren Antrag aus dem vorigen Jahr, die Untere Naturschutzbehörde mit einer zusätzlichen Stelle zu der bereits angeforderten Stelle der Verwaltung mit Beschluss des HH 2020 aufzustocken. Die Stelle ist mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis durch eine Organisationsuntersuchung ggf. der Bedarf festgestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		1	3	4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	2	5	5	12

zu 10.1 Änderungsantrag der AfD Fraktion zu DrS/2019/348 ("Stellenplan für den Haushalt 2020 inkl. Stellenmehrbedarf für 2020") sowie Anlage DrS/2019/258 (Rückkehrmanagement)

Herr Evermann erläutert den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Die AfD-Fraktion beantragt, die DrS/2019/348 („Stellenplan für den Haushalt 2020 inkl. Stellenmehrbedarf für 2020“) wie folgt zu ändern:

1. Die Stelle 0.12210.0035 (1,00 VZ) für das Rückkehrmanagement wird entfristet.
2. Zusätzlich wird eine weitere Stelle (1,00 VZ) für diesen Bereich mit Befristung zum 31.12.2021 eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		1	3	4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	1	8	3	12

zu 3.45 Stellenplan für den Haushalt 2020 inkl. Stellenmehrbedarf für 2020

Vorlage: DrS/2019/348

Auf Nachfrage von Herrn Wulf erklärt Frau Rimbach, dass die Anhebung einer Stelle von A10 nach A16 mit der Neuausschreibung aufgrund der Altersteilzeit einer Fachbereichsleitung zu tun habe. So sei eine flexible Besetzung sowohl mit einer/einem Beamten*in als auch mit einer/einem Beschäftigten möglich. Sollte die Stelle erneut mit einer/einem Beschäftigten besetzt werden, würde diese entsprechend umge-

wandelt werden.

Herr Wulf erkundigt sich weiter, warum insgesamt 12 Stellen in der Eingliederungshilfe am 30.06. unbesetzt waren. Frau Löhmann sagt eine Beantwortung mit dem Protokoll zu.

Antwort zu der Anfrage:

Die Planung des FD erfolgte perspektivisch zu den neuen Aufgaben nach dem BT-HG, deren 3. Reformstufe zum 01.01.2020 in Kraft tritt. Deshalb wurden in Abstimmung mit 11.00 ein Teil der Stellen im 2. Halbjahr 2019 ausgeschrieben, da auch erst zu diesem Zeitpunkt die Umstellungs- und Vorbereitungsarbeiten anfielen. Zudem gab es Personalfluktuationen, die nachbesetzt werden mussten.

*Inzwischen sind die Stellen besetzt, wobei einige Kolleg*innen von dem abgebenden Arbeitgebern erst nach 6 Monaten freigegeben werden. Aus diesem Grund werden noch zum 01.01., 01.02. und 01.04.2020 Kolleg*innen ihre Arbeit aufnehmen. Es ist uns glücklicherweise gelungen, fachlich sehr gute neue Mitarbeitende zu gewinnen, so dass die Wartezeiten in Kauf genommen wurden. Die Grundsicherungsstellen wurden aus den eigenen Reihen besetzt, auch da musste in der Nachfolge noch die Nachbesetzung auf den Weg gebracht werden.*

Herr Stankat beantwortet eine weitere Frage von Herrn Wulf damit, dass die mit S16 bis S18 dotierten Stellen im Jugendamt mit neuem Personal besetzt seien, so dass zunächst eine Eingruppierung in S14 plus Zulage erfolgt sei. Nach Ende der Probezeit als Führungskraft erfolge die entsprechende höhere Eingruppierung.

Herr Wulf habe viele Stellen ausgemacht, bei denen Höhergruppierungen erfolgt seien. Außerdem wurden einige Stellen von Beschäftigten- in Beamtenstellen umgewandelt. Er fragt nach den Gründen. Frau Rimbach führt aus, dass die Veränderungsliste alle Veränderungen darstelle, die sich im Laufe des Jahres ergeben haben. Es hätten zum Beispiel Stellenbewertungen stattgefunden, die zu einer Höhergruppierung geführt haben. Wird eine Beschäftigtenstelle im Besetzungsverfahren mit einer/einem Beamten*in statt einer/einem Beschäftigten besetzt, erfolge nicht in jedem Fall eine Umwandlung der Stelle. In der Summe bleibe es jedoch bei der festgelegten Anzahl der Beamtenstellen.

Herr Barkowsky erläutert noch einmal den Antrag der CDU-Fraktion. Die Fraktion möchte keine Entscheidung darüber treffen, welche Stellen nicht genehmigt werden und beantragt deshalb einen Personalkostendeckel. Herr Barkowsky korrigiert die Höhe des beantragten Personalkostendeckels auf insgesamt 1.910.530 €, dies würde etwa 30 Stellen entsprechen.

Herr Köppen erklärt, dass gesetzliche Aufgaben mit dem Personalkostendeckel nicht oder nicht fristgerecht erfüllbar seien. Der erhöhte Stellenbedarf der letzten Jahre resultiere aus den Kürzungen der Vorjahre. Herr Wulf bemängelt, dass der Kreistag mit dem Personalkostendeckel keinen Einfluss auf die Stellenbesetzung habe. Wenn Kürzungen erfolgen sollten, müssten diese klar durch Stellenstreichungen definiert werden. Herr Köppen beantragt, lediglich den in der Vorlage vorgeschlagenen Deckel von 2% zu beschließen.

Herr Schroeder teilt mit, dass er die Stellenbedarfe hinreichend begründet sehe und dem Vorschlag des Landrats, einen Deckel von 2% zzgl. 500.000 € zu beschließen, zustimmen würde. Herr Hansen und Frau Lessing vertreten die gleiche Auffassung. Auch sie sehen den Bedarf an neuen Stellen durch viele neue Aufgaben. Laut Herrn Weihe sei es wichtig, Geld für die Besetzung von Stellen zur Verfügung zu stellen, um alle Stellen besetzen zu können.

Herr Malassa erklärt, dass zwar alle Stellen gut begründet seien, er jedoch den starken Anstieg von Stellen und die damit verbundenen Personalkostensteigerungen nicht nachvollziehen könne. Es müssten durch Umstrukturierungen oder andere Optimierungen Stellen eingespart werden, statt weitere aufzubauen. Auch Herr Evermann hält den weiteren Stellenzuwachs nicht für tragbar und bezweifelt die Richtigkeit einiger Berechnung der Arbeitszeitanteile. Er finde 30 Minuten für die Bearbeitung eines Führerscheinantrags zu lang. Herr Köppen gibt zu bedenken, dass der Kunde nie den gesamten Arbeitsaufwand zur Bearbeitung eines Antrags sehe und vielfach längere Nachbereitungen notwendig seien. Der Landrat bietet Herrn Evermann an, die Organisationsuntersuchung einzusehen.

Der Landrat fasst zusammen, dass die Mitarbeiter der Kreisverwaltung gute Arbeit zum Wohle der Menschen im Kreis leisten würden. Ein Vergleich mit dem Stellenabbau in Wirtschaftsbetrieben sei deshalb nicht möglich, es dürften nicht einfach kostenintensive Fachdienste geschlossen werden. Die Kreisverwaltung habe Beschlüsse der EU, des Bundes, des Landes und des Kreises umzusetzen. Vielfach handele es sich um Aufgaben, zu deren Erledigung der Kreis gesetzlich verpflichtet sei, wie der Zensus, die Heimaufsicht, die Veterinäraufsicht, Lebensmittelkontrollen usw. Hinzu kämen viele freiwillige politisch gewollte Aufgaben. Beispielsweise das vom Kreistag beschlossene Förderprogramm für die Kommunen sei sehr sinnvoll, würde aber Personalressourcen binden. Herr Schroeder ergänzt, dass der Kreis nichts produziere, sondern Dienstleister sei. Das Verhältnis der Personalkosten zum Gesamthaushaltsvolumen sei aus seiner Sicht in Ordnung.

Der Landrat erklärt, dass die Verwaltung mit einem Personalkostendeckel umgehen könne, da über das Jahr gesehen nie alle Stellen durchgängig besetzt sein können. Durch Weggänge, Ruhestand, Wechsel auf andere Stellen in der Kreisverwaltung usw. seien jede Woche durchschnittlich 5 bis 6 Stellen zu besetzen.

Antrag der CDU-Fraktion:

Die CDU beantragt, die Steigerung der Personalkostenanmeldung für 2020 zu 2019 um 1.910.530 € von 4.825.900,- € auf 2.915.370,- € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	5	7		12

Antrag der Fraktion WI-SE:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Stellenplan 2020 inklusive der in der **Anlage 2** angefügten tabellarischen Übersicht enthaltenen Stellenmehrbedarfs 2020 zu beschließen. Darüber hinaus wird die aktuelle Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2020 als Teil B des Stellenplans beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Personaleinzel- und Personalentwicklungsmaßnahmen im Rahmen des vom Kreistag zur Verfügung gestellten Personalkostenansatzes in Höhe von 53.176.500 € inklusive einer Reduzierung von 2% der Personalkosten (= 1.063.530 €) zuzüglich der aus der Änderungsliste zum Stellenplanentwurf entstehenden Personalkosten (vgl. Teil C der **Anlage 2**) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	4	6	2	12

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Stellenplan 2020 inklusive der in der **Anlage 2** angefügten tabellarischen Übersicht enthaltenen Stellenmehrbedarfs 2020 zu beschließen. Darüber hinaus wird die aktuelle Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2020 als Teil B des Stellenplans beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Personaleinzel- und Personalentwicklungsmaßnahmen im Rahmen des vom Kreistag zur Verfügung gestellten Personalkostenansatzes in Höhe von 53.176.500 € inklusive einer Reduzierung von 2% der Personalkosten + einer Kürzung von 500.000 € (= 1.563.530 €) zuzüglich der aus der Änderungsliste zum Stellenplanentwurf entstehenden Personalkosten (vgl. Teil C der **Anlage 2**) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	5		12

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, den vorgelegten Stellenplan 2020 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	5		12

Zu 10.2 Antrag der SPD Fraktion zu den Kita-Betriebskosten

zu 10.3 Antrag der CDU Fraktion zu den Kita-Betriebskosten

Frau Lessing und Herr Barkowsky stellen jeweils ihre Anträge zu den Kita-Betriebskosten vor. Beide Anträge zielen darauf ab, die Kitas bzw. die Kommunen durch höhere Zuschüsse zu unterstützen. Herr Köppen erläutert den Antrag der WI-SE. Dieser sehe eine Befassung mit den Auswirkungen der Kita-Reform vor. Herr Stankat teilt mit, dass ein Nachtragshaushalt in 2020 aufgrund der Kita-Reform voraussichtlich nicht notwendig werde, da die Reform zum 01.08. in Kraft trete und die Auswirkungen erst später erkennbar werden.

Herr Wenzel stellt anhand einer Tabelle eine Einschätzung zu den Auswirkungen der Kita-Reform vor. Die Tabelle ist dem Protokoll angefügt. Herr Stankat sagt zu, schnellstmöglich im Fachausschuss über die Auswirkungen zu berichten. Herr Köppen zieht den Antrag daraufhin zurück. Herr Dieck schlägt eine intensive Befassung im 2. Quartal 2020 vor.

Beschlussvorschlag:

Die SPD-Fraktion beantragt, den Kreisanteil an den Kita-Betriebskosten von bisher 1.716.000 € auf 5 Mio € (~1% KU) zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE			1	1
Gesamt	3	6	3	12

Beschlussvorschlag:

Die CDU Fraktion beantragt, den Kreisanteil für die Betriebskosten der Kitas zu verdoppeln.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD			3	3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE			1	1
Gesamt	7	1	4	12

zu 10.4 Antrag der CDU Fraktion zu Fehlbedarfszuweisungen an finanzarme Kommunen

Herr Barkowsky begründet den Antrag. Der Landrat gibt zu bedenken, dass die Definition „finanzarme Kommune“ nur auf Planzahlen basiere. Es würden noch lange nicht alle Jahresabschlüsse der letzten Jahre aus den Kommunen vorliegen. Frau Lessing vertritt die Auffassung, dass nur die Kommunen Fördermittel erhalten könnten, die Jahresabschlüsse vorgelegt hätten. Herr Evermann schließt sich dem an und schlägt hilfsweise Kriterien vor, um eine Auszahlung möglich zu machen. Herr Weihe teilt mit, dass er den CDU-Antrag nach dem Verfahren, wie in 2019 unterstützen würde.

Frau McGregor erklärt auf Nachfrage von Herrn Köppen, dass in 2019 rund 850.000 € ausgeschüttet worden seien. Im Haushaltsentwurf 2020 seien bereits 918.400 € als Fehlbedarfszuweisung an die Kommunen enthalten. Herr Barkowsky teilt mit,

dass der vorhandene Betrag um 1 Mio € erhöht werden solle. Herr Schroeder spricht sich dafür aus, den vorhandenen Betrag um 150.000 € aufzustocken, so dass dieser für die Ausschüttung von 1 Mio € auskömmlich sei. Herr Dieck hält das Signal, die Kommunen zu unterstützen, wichtig sei. Die Kommunen würden dadurch mehr Gestaltungsspielräume erhalten.

Herr Barkowsky zieht den Antrag der CDU Fraktion zurück. Die Vorsitzende lässt über den Antrag der FDP Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die FDP Fraktion beantragt, die bereits im Haushalt enthaltene Fehlbetragszuweisung für finanzarme Kommunen um 150.000 € aufzustocken und diesen Betrag an die Kommunen auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 10.5 Antrag der SPD Fraktion Inklusion in Kindertagesstätten

Frau Lessing erklärt, dass sie das Thema für sehr wichtig halte, die Finanzierung aber bisher nicht im Kita-Reformgesetz enthalten sei. Frau Löhmann teilt mit, dass die Kreise und Städte sich bei den Landesrahmenvertragsverhandlungen mit dem Land geeinigt haben, dass die Kosten über die Reform zu finanzieren seien und dort entsprechend berücksichtigt werden sollen.

Frau Lessing zieht den Antrag daraufhin zurück.

**zu 9.1 Investive Zuweisung des Kreises an den Kreisfeuerwehrverband für die Beschaffung von Löschdecken und Systemtrennern für die Feuerwehren im Haushaltsjahr 2020
Vorlage: DrS/2019/362**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, dass der Kreisfeuerwehrverband im Haushaltsjahr 2020 eine Zuweisung in Höhe von 300.000 € für die Beschaffung von Löschdecken und Systemtrennern für die Feuerwehren erhält.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 10.6 Antrag der SPD Fraktion zum Digitalpakt

zu 10.6.1 Alternativantrag der WI-SE Fraktion zum Digitalpakt

Frau Lessing führt aus, dass im beschlossenen Digitalpakt keine Personalkostenförderung enthalten sei. Die Schulen würden Personal vor Ort benötigen, das technische Probleme schnellstmöglich behebt. Herr Barkowsky hält den Antrag für zu früh und würde Mittel für den Haushalt 2021 einstellen wollen. Die Schulträger müssten zunächst Konzepte erstellen um die Bedarfe zu ermitteln. Herr Thedens sieht ebenfalls Bedarfe und unterstützt die Finanzierung von zusätzlichem Personal.

Herr Köppen erläutert den Alternativantrag der WI-SE. Es sei wichtig, die Bedarfe zu ermitteln, es sollten aber bereits Mittel eingestellt werden, um kurzfristig agieren zu können.

Beschlussvorschlag:

Die SPD-Fraktion beantragt, für die Umsetzung des Digitalpaktes den Kommunen insgesamt 3,6 Mio € (~1% KU) für die personelle Ausstattung in den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE		1		1
Gesamt	3	9		12

Die Vorsitzende lässt über den Alternativantrag der WI-SE abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Für die Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung des Digitalpaktes werden 500.000 € in den Haushalt 2020 mit Sperrvermerk eingestellt.

Die Verwaltung initiiert im 1. Quartal eine Abfrage bei den Schulträgern und Schulen im Kreis. Ziel der Abfrage ist es zu ermitteln, wie und in welcher Form eine Unterstützung erwünscht und notwendig ist und wie der derzeitige Umsetzungsstand in den Schulen ist.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP			1	1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	4	7	1	12

zu 10.7 Antrag der SPD Fraktion zur Förderung der Familienzentren

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Kreisförderung pro Familienzentrum von 5.000 € auf 10.000 € jährlich zu erhöhen. Für den Haushalt 2020 sollen somit 40.000 € eingestellt werden. Der Einsatz dieser Mittel wird unter Sperrvermerk gestellt, der aufgehoben wird, sobald die Richtlinie dem Entwurf entspricht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11			11

zu 5 Verschiedenes

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Die Vorsitzende schlägt aufgrund Menge der Tagesordnungspunkte vor, den Sitzungsbeginn für die Hauptausschusssitzung am 03.12.2019 auf 16.00 Uhr vorzulegen. Dem Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

Die Vorbesprechung des Ältestenrats findet im Anschluss an die Hauptausschusssitzung statt.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)